

# **„Rheinland-Pfalz in Freiheit und Sicherheit gestalten“**

## **Positionspapier der CDU Rheinland-Pfalz zur Inneren Sicherheit**

**Maria Laach**

**12. Mai 2015**

# 1 Rheinland-Pfalz in Freiheit und Sicherheit gestalten

## 2 Positionspapier der CDU Rheinland-Pfalz zur Inneren Sicherheit

3  
4 Sicherheit ist ein Bürgerrecht. Die Menschen in unserem Land haben einen Anspruch auf  
5 körperliche Unversehrtheit und den Schutz ihres Eigentums. Viele fühlen sich aktuell einer  
6 diffusen Bedrohungslage ausgesetzt, genährt von Ereignissen wie vereitelten Anschlägen  
7 mitten in unserem Alltagsleben, wie jüngst in Hessen, oder tatsächlichen Anschlägen in  
8 unserer nächsten europäischen Nachbarschaft. In der regelmäßigen „Woche der Inneren  
9 Sicherheit“ der CDU wurde zugleich deutlich: Bei der Frage nach Sicherheit geht es auch  
10 um die Frage nach Freiheit: Wie kann der Staat seine Bürger vor Terrorismus, Kriminalität  
11 und Cyberkriminalität wirksam und nachhaltig so schützen, dass ein Leben in Freiheit und  
12 Privatsphäre möglich bleibt? Die CDU in Rheinland-Pfalz unterbreitet dazu zehn konkrete  
13 Vorschläge:

### 14 15 16 I. **Mindestens 9.000 Vollzeitstellen bei der rheinland-pfälzischen Polizei**

17  
18 Wir Christdemokraten vertrauen unseren Polizistinnen und Polizisten. Wir zollen  
19 ihnen Respekt dafür, dass sie jeden Tag ihren harten, mitunter gefährlichen Beruf  
20 ausüben. Sie tragen maßgeblich dazu bei, dass wir sicher leben können. Dabei neh-  
21 men die Aufgaben der Polizei immer weiter zu. Neben der Organisierten Kriminali-  
22 tät, die auch für einen Großteil der Wohnungseinbrüche verantwortlich ist, bedro-  
23 hen uns islamistische Terroristen. Rechtsextreme verüben Brandanschläge auf  
24 Asylbewerberunterkünfte und linksextreme Gruppierungen missbrauchen De-  
25 monstrationen für gewaltsame Ausschreitungen. Zu Großeinsätzen in anderen  
26 Bundesländern werden aus allen Bundesländern Polizisten angefragt, auch aus  
27 Rheinland-Pfalz. Trotz dieser vielfältigen Aufgaben erleben wir in Rheinland-Pfalz,  
28 dass unsere Polizei personell nicht angemessen ausgestattet und sogar mit Ur-  
29 laubssperren belegt wird.

#### 30 31 ***Wir wollen ...***

32 ***mindestens 9.000 Vollzeitstellen bei der Polizei, um alle Aufgaben erledigen zu kön-***  
33 ***nen. Die aktuelle Zahl liegt derzeit aufgrund der hohen Pensionierungswellen deutlich***  
34 ***darunter. Deshalb fordern wir, die aktuelle Verfügungsstärke bei der Polizei so schnell***  
35 ***als möglich um weitere 300 Stellen zu erhöhen. Aufgrund der Unterbesetzung schieben***  
36 ***unsere Polizistinnen und Polizisten über 1,6 Millionen Überstunden vor sich her. Das***  
37 ***sind 184 Überstunden oder 23 Tage pro Polizist! Das neue Freizeitkonto der Landesre-***  
38 ***gierung bringt den Polizistinnen und Polizisten wenig, weil sie es aufgrund der vielen***  
39 ***Einsätze kaum schaffen, sogar ihren Jahresurlaub zu nehmen. Zudem müssten Kollegen***  
40 ***die Arbeit der im Freizeitausgleich befindlichen Kollegen übernehmen, was wiederum***  
41 ***zur Erhöhung der ohnehin immensen Überstunden führt. Ohne kurzfristige und nach-***  
42 ***haltige Personalaufstockung wird es hier keine Entlastung geben können.***

43  
44  
45

## 46 II. Respekt und Rückendeckung für unsere Polizistinnen und Polizisten

47

48 Der Respekt vor Vertretern des Staates nimmt in Teilen der Gesellschaft ab: Unsere  
49 Polizistinnen und Polizisten sind immer häufiger gewaltsamen Übergriffen ausge-  
50 setzt. Wir erleben, dass die Hemmschwelle gegenüber Angriffen auf Polizistinnen  
51 und Polizisten sinkt. Ein solches Verhalten kann nicht einfach als unausweichlich  
52 hingenommen werden. Wir müssen die schützen, die uns schützen. Vor diesem  
53 Hintergrund darf der Staat nicht den Eindruck erwecken, Polizistinnen und Polizis-  
54 ten stünden unter einem Generalverdacht und das Hauptprobleme sei die Gewalt,  
55 die von Polizisten ausgeht, so wie das Rot-Grün mit ihrem Vorstoß zur Kennzeich-  
56 nungspflicht und für eine Beschwerdestelle gegen Polizisten getan hatte.

57

58 **Wir wollen ...,**

59 *dass die Kennzeichnungspflicht für Polizisten abgeschafft wird, weil sie dem Ansehen*  
60 *der Polizei in der Bevölkerung schadet und das fehlende Vertrauen der rot-grünen Lan-*  
61 *desregierung deutlich macht. In diesem Zusammenhang unterstützen wir die hessische*  
62 *Bundesratsinitiative für eine **Strafverschärfung bei Gewalt gegen Polizeibeamte** und*  
63 *fordern die rheinland-pfälzische Landesregierung auf, dies auch zu tun.*

64

## 65 III. Mehr Sicherheit für Einsatzkräfte durch Body-Cams

66

67 Um bei Übergriffen auf Polizistinnen und Polizisten eine bessere Beweisführung zu  
68 ermöglichen, wollen wir nach hessischem Vorbild **Body-Cams** in Rheinland-Pfalz  
69 einführen. Es geht um Augenhöhe bei Auseinandersetzungen, nicht um einen Ge-  
70 neralverdacht von Demonstranten. Hier muss ganz klar für den Bürger erkennbar  
71 sein, wann Filmaufnahmen gemacht werden.

72

73 **Wir wollen ...,**

74 *dass die kleinen Kameras, die an der Schutzweste befestigt werden, in Rheinland-Pfalz*  
75 *eingeführt werden. Sie dokumentieren Auseinandersetzungen und erleichtern die Iden-*  
76 *tifizierung von Straftätern. Die CDU in Rheinland-Pfalz geht davon aus, dass Übergriffe*  
77 *gegen Polizistinnen und Polizisten dadurch abnehmen werden, wie Modellprojekte be-*  
78 *legen. Sie geben den Einsatzkräften die Sicherheit, dass ihr korrektes Verhalten do-*  
79 *kumentiert wird.*

80

81

## 82 IV. Mehr Menschen mit Migrationshintergrund für den Polizeidienst gewinnen

83

84 Unsere Gesellschaft ist vielfältig, unterschiedliche Kulturen bereichern sich – aber  
85 es kommt auch zu Auseinandersetzungen. Es gibt zum Teil problematische Stadttei-  
86 le, auch gewaltbereite Heranwachsende, die eine entsprechende Ansprache und  
87 eher Polizisten mit gleichem Migrationshintergrund akzeptieren. Die Polizei sollte  
88 die

89

90 Fähigkeiten und Möglichkeiten von Polizeibeamten mit Migrationshintergrund, de-  
91 ren Autorität und Einfluss bei Auseinandersetzungen zur Deeskalation beitragen  
92 kann, stärker nutzen.

93

94 **Wir wollen ...**

95 ... **mehr Bewerberinnen und Bewerber aus Zuwandererfamilien** motivieren, den Poli-  
96 zeiberuf zu wählen, um die interkulturelle Kompetenz der Polizei zu stärken und ein  
97 besseres Verhältnis unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen auf Grundlage von  
98 Respekt und Verständnis ermöglichen.

99

100

## 101 **V. Bandenkriminalität bei Wohnungseinbrüchen effektiver bekämpfen**

102

103 Die Zahl der Wohnungseinbrüche hält sich in Rheinland-Pfalz leider nach wie vor  
104 auf einem zu hohen Niveau und ist in den ländlichen Regionen sogar angestiegen.  
105 Diese Entwicklung beschreibt die aktuelle Kriminalstatistik und ist zutiefst besorg-  
106 niserregend. Bei einem Einbruch überwiegt das Gefühl, dass Kriminelle in den eige-  
107 nen Schutzbereich eingedrungen sind, oft sogar noch die materiellen Verluste. Vie-  
108 le Menschen fühlen sich in ihren eigenen vier Wänden nicht mehr sicher und müs-  
109 sen teilweise sogar psychologisch betreut werden. Deshalb müssen wir professio-  
110 neller, koordinierter und härter gegen Einbrecherbanden vorgehen.

111

112 **Wir wollen...**

113 in den Polizeipräsidien eigene **Kommissariate für „Bandenkriminalität“ schaffen**, um  
114 die kriminellen Strukturen effektiv bekämpfen zu können. Zudem sollen Fahndungs-  
115 und Kontrollmaßnahmen zur Bekämpfung von organisierten Einbrecherbanden durch  
116 die Bereitschaftspolizei unterstützt werden. Im **Landeskriminalamt soll eine Koordi-**  
117 **nierungsstelle für den Bereich der Wohnungseinbrüche gebildet werden.** Hier könn-  
118 ten Fahndungsergebnisse zusammengeführt und miteinander verknüpft werden. So  
119 können international agierende Banden besser gefasst werden.

120

121

## 122 **VI. Einbruchprävention muss sich finanziell lohnen**

123

124 Einbrecher wollen weder erkannt, noch erwischt werden, sondern schnellen Dieb-  
125 stahl begehen. Deshalb sind Objekte, die ihnen den schnellen Zutritt ermöglichen,  
126 besonders im Blickfeld. Effektive Fenster- und Türsicherungen nach einer fachli-  
127 chen Beratung sowie eine aufmerksame Nachbarschaft können Einbrüche erfolg-  
128 reich verhindern. Investitionen in Präventivmaßnahmen rechnen sich somit.

129

130

131

132

133

134 **Wir wollen ...,**  
135  *dass Maßnahmen zur **Einbruchsicherung besser steuerlich geltend gemacht werden***  
136  ***können und zudem finanziell gefördert werden.** Wir fordern die Landesregierung auf,*  
137  *im Bundesrat hierzu aktiv zu werden. Darüber hinaus soll es in Zukunft wieder*  
138  *niederschwellig erreichbare Beratungsangebote geben.*

139  
140

## 141 **VII. Videoüberwachung vor allem an Brennpunkten ausweiten**

142

143 An einigen Stellen, so genannten Brennpunkten, kann eine begrenzte, nach Daten-  
144 schutzbestimmungen vorgenommene Videoüberwachung abschreckend für Straftä-  
145 tärer wirken und hilfreich zur besseren Aufklärung bei Straftaten sein. Es hat sich  
146 gezeigt, dass an Verbrechenschwerpunkten eine sichtbare Videoüberwachung  
147 zum Rückgang von Straftaten führen kann. Vor allem aber kann die Aufklärungs-  
148 und Verurteilungsquote gesteigert werden. Das ist uns ein großes Anliegen.

149

150 **Wir wollen ...**

151  *mehr Sicherheit durch gezielte, maßvolle und dem Datenschutz entsprechende Video-*  
152  *überwachung. Denn Täter müssen wissen, dass sie für ihre Verbrechen zur Rechenschaft*  
153  *gezogen werden.*

154

155

## 156 **VIII. Vorratsdatenspeicherung mit Bedacht umsetzen**

157

158 Mit einer verfassungsgemäßen Vorratsdatenspeicherung können die Ermittlungen  
159 bei schweren Straftaten wesentlich erleichtert werden. Wir unterstützen deshalb  
160 eine – die Bürgerrechte wahrende - Wiedereinführung der Vorratsdatenspeiche-  
161 rung, um kriminelle Strukturen und Netzwerke bekämpfen und deren Täter verur-  
162 teilen zu können. Gerade mit Blick auf fundamentalistische und extremistische  
163 Tendenzen, die unsere freiheitliche, tolerante und offene Gesellschaft bedrohen  
164 und überwinden wollen, muss der Staat, der für den Schutz seiner Bürger verant-  
165 wortlich ist, auf Augenhöhe Verbrecher bekämpfen können. Vorratsdatenspeiche-  
166 rung ist für uns auch ein Beitrag zum Kinderschutz. Denn in den letzten Jahren ha-  
167 ben die Delikte im Bereich der Kinderpornografie auch in Rheinland-Pfalz deutlich  
168 zugenommen. Die Täter ziehen sich hier im Internet in das sog. „Darknet“ zurück, in  
169 dem sie kinderpornografische Bilder auf Tauschbörsen handeln und sich derzeit si-  
170 cher fühlen, da für die Ermittler meistens die IP-Adressen der einzige Anhaltspunkt  
171 sind. Wir haben eine besondere Verpflichtung, unsere Kinder, die den Tätern hilflos  
172 ausgeliefert sind, zu schützen. Zugleich ist es uns ein Anliegen, die Grenzen der Pri-  
173 vatsphäre zu respektieren und die Bürgerrechte zu schützen. Eine begrenzte, klar  
174 geregelte Speicherung von Verbindungsdaten bedeutet mehr Sicherheit für die  
175 Bürgerinnen und Bürger gegen Menschen, die unsere freiheitliche demokratische  
176 Grundordnung bekämpfen wollen.

177

178 **Wir wollen ...,**  
179 *dass die Polizisten und Kriminalisten unter klar definierten Bedingungen gespeicherte*  
180 ***Verbindungsdaten nutzen können, um Strafdaten aufzuklären, kriminelle Netz-***  
181 ***werke zu zerschlagen und Bürger und gerade Kinder zu schützen.***

182

183

#### 184 **IX. Ausbau der kriminaltechnischen Institute**

185

186 Wenn – im schlimmsten Fall – kriminaltechnische Untersuchungen aufgrund der  
187 Überlastung der Institute nicht pünktlich vor Gericht vorliegen und verwendet  
188 werden können, ist das ein Zustand, den wir nicht hinnehmen wollen. Täter dürfen  
189 nicht davon kommen, weil Tatortspuren nicht fristgerecht ausgewertet werden  
190 konnten.

191

#### 192 **Wir wollen ...**

193 *eine **verlässliche personelle Ausstattung der kriminaltechnischen Institute**, um die*  
194 *Strafverfolgung zu verbessern. Dazu gehört eine regelmäßige Evaluierung, ob die Aus-*  
195 *stattung den sich ändernden gesellschaftlichen Herausforderungen noch entspricht.*

196

197

#### 198 **X. Prävention gegen religiösen Fundamentalismus und Terrorismus**

199

200 Die von radikalen Islamisten durchgeführten Anschläge in Paris und Belgien zeigen  
201 uns, dass die Bedrohung durch den islamistischen Terror näher an unsere Grenzen  
202 heranrückt. In Rheinland-Pfalz stehen immer mehr Salafisten unter der Beobach-  
203 tung des Verfassungsschutzes, einige von Ihnen sind Rückkehrer aus den Krisenge-  
204 bieten aus Syrien und dem Irak und somit potentielle Attentäter. Der vereitelte Ter-  
205 roranschlag im hessischen Oberursel und die Festnahme eines Ehepaares aus  
206 Hahnstätten, das der rechtsterroristische Vereinigung „Old School Society“ (OSS)  
207 angehören soll, macht deutlich, dass fundamentalistische und terroristische An-  
208 schläge überall passieren können und die Bedrohung auch bei uns gegenwärtig ist.  
209 Während es dabei die Aufgabe der Sicherheitsbehörden ist, akute Anschlagpläne  
210 von Terroristen zu verhindern, ist es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, dem  
211 Terror den Nährboden zu entziehen. Deshalb müssen wir alle Anstrengungen daran  
212 setzen, dass junge Frauen und Männer nicht aus Perspektivlosigkeit in den Sog von  
213 Extremisten geraten. Die Erkenntnisse aus anderen Ländern zeigen dabei aber  
214 auch, dass insbesondere Gefängnisse für religiöse Fundamentalisten ein Ort sind,  
215 an dem sie neue Anhänger finden. Hier sind viele Menschen aufgrund ihrer Per-  
216 spektivlosigkeit besonders für solche radikale Ansichten zugänglich.

217

218

219

220

221

222 **Wir wollen ...,**  
223 *in allen Bereichen daran arbeiten, dass junge Männer und Frauen eine Perspektive auf*  
224 *Ausbildung, Arbeit, Wohlstand und Selbstverwirklichung haben. Verstärkt wollen wir*  
225 *den Dialog mit muslimischen Verbänden suchen und **Präventionsnetzwerke gegen is-***  
226 ***lamistische und salafistische Bestrebungen aufbauen.** Wir müssen in unseren Ge-*  
227 *fängnissen zudem dafür Sorge tragen, dass radikale Islamisten nicht weitere Insassen*  
228 *für ihren Kampf gegen unsere Werte auf ihre Seite ziehen. Das erfordert nicht nur*  
229 *räumliche Trennungen in den Gefängnisanstalten, sondern auch eine vorherige Kontrol-*  
230 *le der in den Gefängnissen tätigen Imame, die einen besonderen Einfluss auf viele Ge-*  
231 *fangenen haben.*